Anstoß

Gerechtigkeit
Aufklärung
Frieden
Humanismus

20. Jahrgang
Zeitung der LINKEN in der Region Saalfeld-Rudolstadt
April 2017

Statt Trassen quer durch Deutschland zu bauen, brauchen wir endlich eine Energiepolitik, die auf regionale Erzeugung und regionalen Verbrauch setzt.

Foto: mit freundlicher Genehmigung: P. Werner
www.nevadafoto.blogspot.com

Bild: Monte Kali
Foto: Tilo Kummer

Gastbeitrag von Tilo Kummer

Kalibergbau an der Werra

Tilo Kummer

Umweltpolitiker der LINKEN im Thüringer Landtag, Vorsitzender des Umweltausschusses

Foto: die-linke-thl.de

Die Kalisalzvorkommen in Thüringen und Hessen gehören zu den bedeutendsten Bodenschätzen Deutschlands. Nach rund 125 Jahren der Rohstoffgewinnung ist ein Ende des Kalibergbaus jedoch absehbar. Das letzte im Werrarevier noch produzierende Werk in Thüringen, Unterbreizbach, soll bereits in ca. 10 Jahren geschlossen werden. Diesen Weg so zu begleiten, dass es zu keinen Verwerfungen in der im Wesentlichen vom Kalibergbau lebenden Region kommt, ist Aufgabe einer vorausschauenden Politik. Zugleich muss in den letzten Jahren der Kaliproduktion die Voraussetzung geschaffen werden, dass nach Beendigung des Bergbaus von seinen Hinterlassenschaften keine Gefahr für die Bevölkerung ausgeht. Dazu muss das Bergbauunternehmen in die Pflicht genommen werden. Die Erfahrungen aus den Bereichen des Steinkohlenbergbaus oder der Erzeugung von Atomstrom lehren uns, dass die kostenaufwendige Beseitigung von Hinterlassenschaften einst profitabler Unternehmen meist auf den Steuerzahler abgewälzt wird.

Aktuelle Situation der Kaliindustrie an der Werra

Die Kali+Salz-Gruppe (K+S AG) beschäftigt weltweit 10.000 Mitarbeiter und ist mit über vier Milliarden Euro Umsatz der fünftgrößte Produzent der Branche in der Welt. Im Bereich der Herstellung von Kalium- und Magnesiumprodukten arbeiten 8.000 Mitarbeiter in sechs Bergwerken. Ein neues Werk entsteht gerade in Kanada, das sogenannte Legacy-Projekt. Dort soll künftig Kalidünger durch Auslaugung der Lagerstätte mit Hilfe von Bohrungen statt im klassischen untertägigen Abbau in Gruben gewonnen werden. Dieses Verfahren dürfte wesentlich preiswerter sein. Da die Umweltschutzvorschriften in Kanada auch nicht denen Europas und Deutschlands entsprechen, ist eine Verdrängung von europäischem Kalidünger vom Markt durch das Legacy-Projekt zu erwarten.

Das Werk Werra der Kali+Salz Kali GmbH (K+S), in der Grenzregion zwischen Hessen und Thüringen liegend, ist mit rund 4.000 Beschäftigten der bedeutendste Arbeitgeber dieser Region. Es werden Düngemittel, Pharmasalze und Nahrungsergänzungsmittel produziert. Die Magnesiumvorkommen in der Lagerstätte ermöglichen einzigartige Produkte, die sich deutlich teurer verkaufen lassen als normaler Kalidünger. Die K+S-AG erwirtschaftet jährlich mehrere hundert Millionen Euro Gewinn!

Allerdings sind Teile der Lagerstätte an der Werra bereits weitgehend ausgebeutet. Der untertägige Abbau wird in neue Gebiete Hessens ausgedehnt. Dort reicht die Lagerstätte vielleicht noch 30 bis 40 Jahre.

Umweltbelastungen und Gefahren für die Bevölkerung

Von Beginn an ist der Kalibergbau mit massiven Eingriffen in die Umwelt verbunden. Da der Wertstoffgehalt im abgebauten Salz nur bei etwa 30% liegt, entstehen große Mengen an sogenannten Abfällen (vor allem Steinsalz) in der Produktion. Sie werden in Form von Abwässern in die Werra eingeleitet oder in den Untergrund verpresst. In fester Form bringt man sie auf die weithin sichtbaren Halden, welche schon heute Dimensionen erreicht haben, dass es über 1.000 Jahre dauern wird, bis sie vom Regen aufgelöst sind. So lange muss die aus ihnen austretende hochkonzentrierte Salzlösung gefasst und abgeleitet werden. Allein diese Haldenabwässer reichen, um Nachwuchs von Süßwasserfischen in der Werra langfristig zu verhindern!

Durch die Abwassereinleitungen von Halden und aus der Produktion sowie an verschiedenen Stellen aus dem Untergrund wieder hervortretenden verpressten Salzabwässer wird die Werra zum salzigsten Fluss in Europa. Deshalb gibt es im Einflussbereich des Salzbergbaus viele Fisch- und Kleintierarten, die dort vorkommen müssten, nicht mehr. Stattdessen findet man im Salzwasser vorkommende Arten wie den getigerten Flohkrebs. Wo die Salzabwässer aus dem Untergrund in den Uferwiesen der Werra austreten, findet man statt Gras salzliebende Pflanzen wie den Queller.

Das Grundwasser der Region wird durch aus dem Untergrund aufsteigende Abwässer der Kaliindustrie immer stärker versalzen. Neuere Erkenntnisse belegen, dass die Salzabwässer im Grundwasser in der Lage sind, Schwermetalle aus den dort vorhandenen Tonschichten zu lösen und damit freizusetzen. Im Gebiet der Gemeinde Unterbreizbach musste deshalb die Grundwassernutzung untersagt werden.

Aus meiner Sicht ist die Beeinträchtigung des Grundwassers durch Abwasserversenkung und aus den Halden austretende Abwässer am gefährlichsten, da der Austausch von Grundwasser sehr lange Zeit braucht und somit noch mehrere Generationen nach uns unter der Versalzung zu leiden haben werden.

Eine weitere Gefahr wird durch die im Bergbau entstandenen Grubenhohlräume verursacht. Werden sie nicht verfüllt, sind in Zukunft über Tage Senkungen der Erdoberfläche zu erwarten, die zu gravierenden Schäden an Gebäuden und Straßen führen können und eventuell sogar die Fließrichtung der Werra beeinflussen. Die Sanierung der Gruben aus der DDR-Kaliindustrie im Werrarevier wird nach aktuellen Schätzungen etwa 2 Milliarden Euro kosten. Die K+S-AG hat bisher insgesamt deutlich weniger als 1 Milliarde Euro Rücklagen für die Sanierung ihrer Gruben und Halden gebildet und das auch nur bilanziell. Damit wird sich in 1.000 Jahren die Entsorgung von Haldenabwasser sicher nicht finanzieren lassen.

Arbeitsplatzsicherung durch Umweltschutz?!

Neue Produktionsweisen, die in anderen Ländern der Welt bereits praktiziert werden, lassen nach meiner Überzeugung eine umweltverträgliche Kali-Produktion bei gleichzeitig besserer Ausnutzung der Lagerstätte möglich werden. Damit können Arbeitsplätze gesichert werden und die Gefahr, dass der Staat perspektivisch für Altlasten von K+S aufkommen muss, reduziert sich. Dazu sollte der Kalisalzabbau künftig in langen Kammern erfolgen, die anschließend mit Produktionsabfällen wieder verfüllt werden. Nach Verfestigung dieses Versatzes können die stehengebliebenen Pfeiler aus wertvollem Kalisalz noch genutzt werden.

Außerdem kann durch Eindampfung des Abwassers der Kaliproduktion und der Halden vom Kalidünger bis zu Streusalz eine Menge an Wertstoffen gewonnen werden. Der Kaliumgehalt im Abwasser von K+S ist höher als der Kaliumgehalt des Toten Meeres, aus dem israelische Firmen Kalidünger gewinnen! Zusammen mit dem Sondershäuser Kaliforschungsinstitut K-utec werden nach vielen Jahren der Ablehnung solcher Verfahren durch K+S endlich konkrete Vorarbeiten zur Umsetzung einer abwasserfreien Kaliproduktion begonnen. Schätzungen von K+S sprachen vor einigen Jahren davon, dass mit dieser Form der Abwasseraufbereitung 300 Arbeitsplätze am Standort Merkers verbunden wären. Ich finde, das ist ein lohnenswertes Ziel. Seine Umsetzung kostet nur einen kleinen Anteil der Dividende der Aktionäre der K+S-AG.

Aus dem Kreisvorstand

In der März-Sitzung des Kreisvorstandes informierte Schatzmeister Manfred über den Jahresabschluss 2016. Es wird ein Einnahmeüberschuss ausgewiesen. Zum Jahresabschluss gibt es in dieser Ausgabe des Anstoß' separat eine ausführlichere Information. Eine Kontrolle der Kreisfinanzen durch die Landesfinanzrevisionskommission verlief ohne Beanstandungen. Der Kreisverband hat einen Parteieintritt und zwei Zuzüge zu verzeichnen.

Vom jüngsten Landesparteitag berichtete Simone. Beschlossen wurde ein „3x33 Millionen-Zukunftsprogramm für Thüringen". Im Hinblick auf die Bundestagswahl sieht die Parteiführung ein Wählerpotential von 18 %, im Osten von 30 %. Nicht alle dieser Wählerinnen und Wähler werden auch DIE LINKE wählen. Es gilt aber, im Wahlkampf dieses Potential so weit wie möglich zu erschließen.

Mit großer Mehrheit stimmte der Parteitag einem Antrag der kommunistischen Plattform zu, der Landesverband solle auf dem Bundesparteitag fordern, der Friedensfrage im Wahlprogramm einen exponierteren Stellenwert zuzumessen. Klaus hob in der Kreisvorstandssitzung das Alleinstellungsmerkmal der Partei als Friedenspartei hervor und regte an, dass der Vorstand frühzeitig mit der Basis ins Gespräch darüber kommen sollte, ob diese Position verhandelbar ist, wenn es Chancen für Rot-Rot-Grün im Bund geben sollte.

Birgit gab die Wahlergebnisse der Vertreterinnenversammlung bekannt. Auf die chancenreichen Plätze 1 bis 4 der Landesliste für die Bundestagswahl wurden Martina Renner, Ralph Lenkert, Kersten Steinke und Frank Tempel gewählt. Sie treten in ihren Wahlkreisen auch direkt an.

Klaus regte an, im Rahmen des Bundestagswahlkampfes neben Aktionen mit unseren Thüringer Kandidatinnen und Kandidaten auch eine Großveranstaltung mit einer Führungspersönlichkeit der Bundespartei oder der Bundestagsfraktion zu planen. Dazu ist die Unterstützung des Landeswahlbüros erforderlich. Der Kreisvorstand beauftragte Birgit, ein diesbezügliches Schreiben an das Landeswahlbüro zu richten.

Uli und Hubert informierten über zwei jeweils ganztägige Informations- und Diskussionsveranstaltungen des kommunalpolitischen Forums KOPOFOR zu beabsichtigten Korrekturen im kommunalen Finanzausgleich, der Landeshaushaltsplanung 2018, der Kommunalreform und kommunaler Förderprogramme des Bundes. Die Föderprogramme wurden als Arbeitsmaterial an die Fraktionen weitergeleitet.

Der Gesetzentwurf Kreisgebietsreform wird im April veröffentlicht. Am 17.5. wird der Entwurf von unserer Landtagsfraktion beraten.

Hubert berichtete über einen Antrag von Herrn Dr. Thomas für die Kreistagssitzung, die Errichtung des Pumpspeicherwerks Leutenberg abzulehnen (siehe auch Redebeitrag auf Seite 7 dieser Ausgabe).

Götz informierte, dass der Stadtrat Rudolstadt sich einstimmig für die Bewerbung für die Landesgartenschau 2024 im Städtedreieck ausgesprochen hat. Saalfeld hat bereits ebenfalls zugstimmt. Uli ergänzte, dass die Zustimmung Bad Blankenburgs in der kommenden Stadtratssitzung als sicher gilt.

Hubert Krawczyk

Zu den Finanzen des Kreisverbandes Saalfeld-Rudolstadt 2016

Zufällig hatte ich vor dem Schreiben dieser Zeilen wieder einmal den Finanzbericht über das Jahr 2011 gelesen. Interessanterweise gibt es eine ganze Reihe Parallelen zur damaligen Einschätzung, allerdings mit einem gravierenden Unterschied. Wir konnten damals auf eine deutlich höhere Mitgliederzahl blicken. Dennoch können wir sowohl 2011 als auch 2016 von einer soliden finanziellen Basis sprechen, wir liegen sogar derzeit, v.a. natürlich wegen der in diesem Jahr anstehenden Bundestagswahlen, über dem damaligen Finanzbestand. In den beiden „wahlfreien" Jahren 2015 und 2016 haben wir einiges an Mitteln für diese Höhepunkte ansparen können. Dies liegt natürlich in erster Linie an der Bereitschaft vieler Genossen, neben der statutengerechten Beitragszahlung auch zusätzliche Spenden für die allgemeine politische Arbeit unserer Partei im Kreis oder für bestimmte konkrete Aufgaben zu tätigen. Vielen Dank dafür.

Verglichen mit dem jährlichen Plan haben wir 2016 mit einer Erhöhung unserer Einnahmen um ca. 3.000 € abgeschlossen. Besonders ist das auf die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge einer ganzen Reihe von Genossen zurückzuführen. Das hat aber auch zur Folge, dass sich unsere Abführung an den Landesverband entsprechend erhöht hat, etwa 2.000 € mehr als geplant. Damit bekommt jedoch dieser wieder größere Spielräume für zentrale Aufgaben unseres Landes. Besonders in der neuen Rolle als Regierungspartei in Thüringen ist die politische Unterstützung von der Basis her dringend notwendig.

Neben den höheren Einnahmen haben wir auch im Ausgabenbereich mit ca. 1.000 € Einsparungen im Geschäftsstellenbetrieb unser Ergebnis positiv beeinflussen können.

Die Ausgaben für politische Arbeit sind zwar in etwa im Plan geblieben, hier könnten wir uns aber bei weiterer positiver Entwicklung durchaus für die Zukunft noch einiges an zusätzlichen Aktivitäten vornehmen. Mit unserem monatlichen Anstoß haben wir ein Medium, das auch über unsere Mitgliedschaft hinaus Interesse findet. Sowohl die äußere Erscheinung als auch die vielseitigen Inhalte machen ihn zu einem Schwerpunkt unserer Öffentlichkeitsarbeit. Ein extra Dankeschön an die „Macher" – wobei ja auch jede oder jeder Einzelne dabei einen Beitrag leisten kann. Sowohl mit eigener inhaltlicher Beteiligung als auch durch regelmäßige zusätzliche Spenden, wie das bereits von einigen Genoss_innen und Sympathisant_innen praktiziert wird, könnten wir unsere Zeitung noch attraktiver machen.

Wie bereits angedeutet, wird unser politischer Schwerpunkt in diesem Jahr auf den Bundestagswahlen liegen. Ein schlagkräftiger Wahlkampf ist notwendig, um weiterhin eine starke Fraktion im Deutschen Bundestag stellen zu können. Unser finanzielles Polster wird dabei naturgemäß etwas kleiner werden. Ich hoffe jedoch, mit Eurer Hilfe auch für die folgenden Jahre mit den verschiedenen kommunalen Wahlen und die Landtagswahl im Jahr 2019 genügend Mittel für die immer schwierigeren Wahlkämpfe bereitstellen zu können. Zwar ist noch nicht vorauszusehen, wie sich im Zuge der Reformvorhaben der Thüringer Landesregierung die konkreten Strukturen auch innerhalb unseres Landesverbandes entwickeln werden, auf jeden Fall sind die finanziellen Reserven auch für die zukünftige politische Arbeit unserer Partei in unserem Territorium notwendig.

Um noch mal auf die Vergleiche mit 2011 zurückzukommen – bereits damals hatte ich die finanziellen Prognosen mit der Mitgliederentwicklung in Verbindung gebracht. Und auch heute kann ich nur wieder auf die Notwendigkeit verweisen, neue Mitstreiter für unsere Sache zu gewinnen. Auch hierbei kann sich jede und jeder Einzelne beteiligen. In der gemeinsamen Hoffnung auf gute Ergebnisse bei den vor uns stehenden Aufgaben sollten wir dennoch optimistisch auf die Zukunft unserer Partei blicken.

Euer Schatzmeister
Manfred Pätzold

Impressum:
V.i.S.d.P.: Rainer Kräuter • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld - Rudolstadt** • Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld • Geschäftszeiten: Di 9.30 - 12.00 Uhr • Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22 - BIC:HELADEF1SAR • **Um Spende wird gebeten!**
Redaktionsschluss: **25.03.2017** • Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Mai. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden spätestens **bis 18.04.2017 an redaktion.anstoss@gmx.de** • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Infos zum Ablauf des 1. Mai in Saalfeld

Liebe Leserinnen und Leser,

am 1. Mai ist in diesem Jahr voraussichtlich keine Veranstaltung im Schlosspark Saalfeld möglich. Die Gewerkschaften werden ihre Kräfte auf die Maiveranstaltung in Gera konzentrieren. (Hinzu kommen die Bauarbeiten an der Orangerie.) In Gera plant die rechte Partei ‚Der dritte Weg' einen Aufmarsch, zu dem etwa 800 Teilnehmer erwartet werden.

An der Gewerkschaftsveranstaltung Interessierte können per Bus gemeinsam nach Gera fahren. Prominente Unterstützung vor Ort gibt es durch Konstantin Wecker.

Für Saalfeld laufen Gespräche und Anfragen durch den DGB, ob hier eine kleinere Maiveranstaltung auf die Beine gestellt werden kann. Aus diesem Grund bitten wir unsere Kuchenbäckerinnen und -bäcker, sich in Bereitschaft zu halten und sich gegenseitig zu informieren, wie der 1. Mai gestaltet werden kann.

Die Infos gibt es dann auf alle Fälle bei Birgit (0174 393 2 393) sowie in der Geschäftsstelle und im Haskala (Kontakte siehe Rückseite!).

Sven
und das Redaktionsteam

Landesparteitag in Bad Langensalza mit Schwerpunkt Bundestagswahl

Foto: Birgit Pätzold

Schon in der Rede von Susanne Hennig-Wellsow wurde die Strategie klar. DIE LINKE muss erkennbar sein und sozial heißt auch international. „Wir werden uns mit den Reichen anlegen müssen!" war für mich der entscheidende Satz. Weichgespülte Politik war gestern. Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter, verwies darauf, dass der „Schulz-Hype" insofern positiv ist, dass Alternativen wieder möglich sind, aber wir natürlich auch um die 30 % Wählerpotential, die für Thüringen errechnet wurden, kämpfen müssen. Dabei sollten wir nicht vergessen, unsere Hauptgegner sind CDU und CSU, dann können wir auch ab und zu die SPD kritisieren. Aber warum soll der Wähler uns wählen?

1. Nur mit der LINKEN ändert sich was (sonst vergisst die SPD ihre Wahlversprechen).
2. DIE LINKE weiß, was sie will. (Auszug aus den Wahlschwerpunkten siehe unten.)
3. DIE LINKE ist die Versicherung gegen Wahlbetrug.
4. DIE LINKE bringt sozialen Protest zum Ausdruck und vergisst aber auch nicht die soziale Utopie.
5. Alle anderen verschärfen das Asylrecht. DIE LINKE steht gegen Rassismus und für Weltoffenheit.

Wir brauchen eine andere Politik. Matthias Höhn bezog sich in seinen Ausführungen auf ausgewählte Abschnitte des Wahlprogrammentwurfs zur Bundestagswahl:

I. Vom Lohn muss man leben können; 12 € Mindestlohn
II. Gute Renten für Alle! Rente, die den Mindeststandard sichert; Mindestrente 1.050 €
III. Soziale Sicherheit statt Hartz IV, Armut und Schikane; Hartz IV auf 560 €
IV. Solidarische Gesundheitsversicherung und mehr Personal in Pflege und Gesundheit; Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin; Für eine solidarische Versicherung, in die die Bezieher aller Einkommensarten einzahlen.
V. Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um. – Millionäre besteuern; für eine gerechte Einkommenssteuer verbunden mit Erbschaftsteuer und Finanztransaktionssteuer
VI. Das Öffentliche und die Kommunen stärken: Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse; Lebensqualität und Demokratie in den Kommunen
VII. Die Mieten runter! Neustart für den sozialen Wohnungsbau
VIII. Gute Bildung. Für Alle
IX. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West
X. Integration braucht eine soziale Offensive und gleiche Rechte für Alle: Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft
XIV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne – Die EU muss demokratisch werden! Keine Europäische Union der Aufrüstung und Militarisierung – Neustart für ein solidarisches Europa
XVI. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt - Rüstungsausgaben um 20% kürzen

Dass im 71-seitigen Wahlprogramm Frieden und Abrüstung erst ab Seite 67 erscheinen, war für die Kommunistische Plattform Anlass, beim Landesparteitag einen Antrag einzubringen, diesen Punkt zum Bundesparteitag auf Platz I des Bundestagswahlprogrammes zu setzen, denn ohne Frieden sind alle anderen Punkte des Wahlprogrammes nicht umzusetzen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Dokumente des Parteitages sind hier zu finden:
www.die-linke-thueringen.de/partei/organe/landesparteitag/bad_langensalza_maerz_2017/
und das Bundestagswahlprogramm hier:
www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlprogramm-2017/

Simone Post

Susanne Hennig-Wellsow am 5.3. in Bad Langensalza
Foto: Birgit Pätzold

Martina Renner am 5.3. in Bad Langensalza
Foto: Birgit Pätzold

Vertreter_innen wählten Bundestagsliste

Zur Bundestagswahl in diesem Jahr wird Thüringen wegen der Reduzierung der Zahl der Wahlkreise von 9 auf 8 voraussichtlich nur noch 16 Bundestagsabgeordnete stellen, nicht mehr 18 wie bisher. (Eine eventuelle Abweichung könnte sich noch ergeben aufgrund besonders über- oder unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung sowie wegen Überhangmandaten.) Für uns hat diese Reduzierung zur Folge, dass voraussichtlich nur noch drei Mandate relativ sicher sind, wir kämpfen um ein viertes. Das fünfte allerdings dürfte unerreichbar sein. Unsere fünf Bundestagsabgeordneten haben in der zu Ende gehenden Wahlperiode alle eine gute Arbeit geleistet und hätten auch für die kommende Wahl einen aussichtsreichen Listenplatz verdient. So fiel es den Gewählten zur Außerordentlichen Vertreter_innenversammlung, die am 5. März in Bad Langensalza stattfand, besonders schwer, die Landesliste aufzustellen.

Der Vertreter_innenversammlung lag ein gemeinsamer Listenvorschlag von Landesvorstand und Landesausschuss vor. Beide Gremien hatten einen Vorschlag für die ersten sechs Plätze erarbeitet und waren unabhängig voneinander zum selben Ergebnis gekommen.

Diesem Vorschlag folgten mehrheitlich auch die gewählten Vertreter_innen, wobei die Plätze 2 und 3 hart umkämpft waren. (Frank Tempel erzielte fast 41% der Stimmen für Platz 2, Sigrid Hupach für Platz 3 reichlich 46%).

Platz 1 Martina Renner
Platz 2 Ralph Lenkert
Platz 3 Kersten Steinke
Platz 4 Frank Tempel
Platz 5 Sigrid Hupach
Platz 6 Steffen Harzer

Anke Hofmann-Domke und Ralf Kalich komplettieren auf den Plätzen 7 und 8 die Liste der acht Kandidat_innen, die um ein Direktmandat kämpfen. Auf Platz 9 bis 12 folgen Sandra Peschke, Arif Rüzgar, Bianka Wandersleb und Sebastian Bach.

Birgit Pätzold

Foto: DIE LINKE Thüringen

Foto: pixabay

Dienstagsklub? Senior_innen-AG? Rote Kaffee-Runde?

Am Dienstag, dem 14. März, trafen sich zehn interessierte Genoss_innen im Weltladen Saalfeld, um bei Kaffee aus fairem Handel und selbstgebackenen Plätzchen (danke, Brigitta!) über aktuelle politische Probleme zu diskutieren. Sie folgten damit – wenn auch an einem neuen (barrierefreien) Ort – einer mehr als 25jährigen Tradition.

Am Beginn der Veranstaltung stand die Würdigung Gerlind Filips, die sich seit mehreren Jahren um Organisation und Gestaltung der gemeinsamen Nachmittage gekümmert hatte. Leider war Gerlind nicht dabei, die Grüße der Gruppe wurden ihr am nächsten Tag überbracht, zusammen mit einem Strauß roter Nelken.

Dann war noch Organisatorisches zu klären. Statt dienstags wird der Treff nun donnerstags stattfinden, und zwar wiederum immer am zweiten. Die nächste Veranstaltung findet also **am Donnerstag, dem 13. April um 15 Uhr im Weltladen Saalfeld** statt.

Interessierte Genoss_innen und Sympathisant_innen sind herzlich eingeladen!

Nun muss allerdings noch ein neuer Name her, denn „Dienstagsklub“ könnte verwirren. Diese Entscheidung wurde letztendlich vertagt, um noch ausreichend Zeit für das Hauptanliegen des Treffs zu haben: die Diskussion über aktuelle Politik. Die drehte sich dann um Erdogan und Trump, um das geplante Pumpspeicherwerk bei Schweinbach, um Landesparteitag, Landesvertreter_innenversammlung und Bundestagswahl.

Birgit Pätzold

Foto: Birgit Pätzold

Weltfestspiele der Jugend und Studenten, Berlin 1973

Berlin 1973, Alexanderplatz

Foto: wikimedia.commons • Author: Bin im Garten • CC BY SA 3.0

Die X. haben gerufen

5.Teil der Erzählungen von Ulrich Wichert, wie er in den 70ern die X.Weltfestspiele mit vorbereitet hat

Nachdem die inhaltlichen Abläufe für die Eröffnungsveranstaltung, die Demonstration und die Abschlusskundgebung klar waren, wurde mit Modellen und Regieabläufen für die jeweilige Veranstaltung die Berichterstattung vor dem Sekretariat des WBDJ und im Zentralkomitee der SED vorbereitet.

Was die „internationale Runde“ beim WBDJ betraf, nahm das teilweise chaotische Formen an. Grund dafür war, dass einige Vertreter des WBDJ sehr viele Wünsche offenbarten, die nicht erfüllbar waren. Wiederholt mussten wir Ihnen Rede und Antwort stehen, um Misstrauen, Übersetzungsfehler und vielseitige politische Befindlichkeiten auszuräumen und zugleich vertrauensvolle und mehrheitstragende Kompromisse aufzubauen. Das gemeinsame Ziel, die Jugend der Welt unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ in Berlin zu versammeln und der gesamten Welt eine deutliche Aussage zu geben, war letztendlich das Ausschlaggebende.

Voller Spannung und Erwartung haben wir unsere Manifestation der X. Weltfestspiele vor dem Politbüro des ZK der SED vorbereitet. Dabei ging es mitunter hin und her. – Wer soll was sagen? Wie soll er es sagen? Oder gar nichts sagen und nur die weisen Hinweise aufnehmen?

Jedenfalls kam es ganz anders als gedacht. In einer Pause der Politbüroberatung haben sich die „führenden Genossen“ die Modelle angesehen. In Erinnerung habe ich noch, dass die Genossen Honecker, Tisch, Neumann, Krenz und Stoph sich äußerten. Zu den inhaltlichen Vorgaben gab es keine Hinweise (Donnerwetter – waren wir politisch kluge Menschen!), wohl aber zu einigen organisatorischen Fragen. Ich bekam folgende Fragen gestellt: Wie wollt ihr jedem ausländischen Gast einen Platz im Stadion garantieren? Wie sollen diese in welcher Reihenfolge einmarschieren und wie ist deren Sicherheit garantiert? Wie sollen die FDJler auf den Rängen reagieren? Meine Antworten damals – bei steigendem Lampenfieber – kamen wider Erwarten doch recht treffsicher. Es blieb keine Frage offen – die Antworten gab ich so, wie vorher schon stundenlang geübt. Außerdem war das auch der Tatsache geschuldet, dass, wenn man sich täglich im Vorfeld mit allen „Wenn und Aber“ des Inhaltes und seiner Umsetzung in der Org.-Regie beschäftigen musste, man letztlich auch in der Lage war, alle gestellten Fragen zu beantworten und gegebene Hinweise mit aufzunehmen. Erich Honecker hat sich nach etwa einer halben Stunde ungefähr so geäußert: „Liebe Freunde und Genossen! Wir sehen, dass Ihr mit Ernst an der Lösung dieser politischen Aufgabe arbeitet und man erkennt jetzt schon, dass es eine tolle Sache wird – Viel Glück dabei!“ Das Zitat ist nach 44 Jahren von mir gedanklich widergegeben. Allgemeiner Beifall begleitete den Abgang des Politbüros und wir sahen alle entspannt aus.

Nun hatten wir national und international „grünes Licht“ für die weitere Vorbereitung der X. Weltfestspiele. Es begann die Phase der detaillierten Planung, der künstlerischen Umsetzung sowie der zielgerichteten Fertigstellung der Regie des Ablaufs der Eröffnungsveranstaltung.

Wir hatten dazu den ersten Schritt getan und eine Miniaturschau vorbereitet, die den am Programm beteiligten aktiven Teilnehmern die Möglichkeit erschloss, sich ihren Anteil einzuprägen und die einzelnen Übungseinheiten abzuleiten. Dabei galt es, vor allem den künstlerischen Darbietungen das Hauptaugenmerk zu schenken. Die Sportschau, die Musikschau und das Tanzbild wurden in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle in Miniatur gezeigt, um – wie oben angegeben – das Gesamtbild ableiten zu können.

In der Folgezeit wurden in allen Bezirken der DDR die Übungslehrgänge (Osterferien, Pfingstferien, erster Teil der Sommerferien) durchgeführt. Die Sportler taten es zentral an der DHfK in Leipzig, die Tänzer in Berlin, Potsdam, Karl-Marx-Stadt und Rostock und das ZMK der FDJ und die Bezirksmusikkorps in der Jugendhochschule am Werbellinsee. Bei allen diesen Lehrgängen war ich mit meinem Regisseur dabei; er war der „Künstler“ und ich der „Organisator“. Und zu organisieren gab es jede Menge: Unterkünfte, Fahrten, Versorgung u.v.m. Daneben dauerten aber auch die ständigen Beratungen mit Vertretern der ausländischen Delegationen an (die meisten hatten schon Vorkommandos in Berlin). Da ging es um Fragen des Protokolls, der Fahnensymbolik, der Einmarschbegleitmusik, wo nach Tonbandaufnahmen eine passende Marschmusik komponiert werden musste, oder nach eigenartigen Handzeichnungen große Nationalfahnen genäht wurden usw. Manche dieser Besprechungen waren langwierig, kompliziert und auch teilweise sehr nervenaufreibend. Man wollte doch allen gerecht werden – alle in das Boot der „antiimperialistischen Welt“ holen. Zu einigen speziellen Fragen schreibe ich später noch.

Neben den Laiendarstellern, unseren Musikern, den Tänzern und Sportlern, sollten auch Profis auftreten. Diese sollten im Vorprogramm die schon im Stadion anwesenden FDJler unterhalten. Dazu bereiterklärt hatten sich Frank Schöbel, Dagmar Frederic, Chris Doerk, Aurora Lacasa und zwei weitere Bands. Aber sie benötigten die Freigabe von der gestrengen Konzert- und Gastspieldirektion ebenso wie die Freigabe des Liedguts durch die AWA. Nachdem sich bei der Klärung dieses Problems die „Räder“ festgefahren hatten, musste eine Lösung von „ganz oben“ mit bindender Entscheidung getroffen werden, so dass es der Unterschrift des Kulturministers bedurfte. Dieser damalige Minister war der Vater Gregor Gysis, Klaus Gysi. Zu diesem wurde ich hinbeordert, um mir seine so entscheidende Unterschrift abzuholen. Bei offener Tür zu seinem Büro wartete ich, bis ich dran war. Dann kam die erlösende Aufforderung: „Hereinspaziert, junger Freund. Bevor ich unterschreibe, erzählst Du mir, wie der Stand der Dinge in der Vorbereitung ist?!“

Im Voraus hatte ich nur wenige Minuten eingeplant für die Einholung seiner Unterschrift – es wurde ein Gespräch von fast einer ganzen Stunde. Es war nicht nur ein Gespräch bzw. ein Frage- und Antwortspiel geworden, sondern ein Meinungsaustausch zu vielen Fragen der Gegenwart sowie der Zukunft, den ich mein Leben lang nicht vergessen werde. Gregor Gysis Vater schien mir ein weltoffener, sachlicher und mit einem gesunden Realismus ausgerüsteter Mensch zu sein. Es war ein Gespräch zwischen damals älterer und jüngerer Generation. Ich erinnere mich auch heute noch ab und zu gern daran.

- Fortsetzung folgt -

Ulrich Wichert

Eine Rede, nicht gehalten

zum Pumpspeicherprojekt Leutenberg/Schweinbach

public domain

Der Antrag von Herrn Dr. Thomas (CDU-Fraktion), der Kreistag möge sich dafür aussprechen, die Planungen für das Pumpspeicherwerk (PSW) Leutenberg abzubrechen, gelangte aufgrund der fehlenden Zuständigkeit des Kreistags für eine derartige Beschlussfassung nicht auf die Tagesordnung der Sitzung vom 14.März.

Ich hatte für unsere Fraktion folgenden Redebeitrag vorbereitet, der nun entfallen war:

Sehr geehrte Damen und Herren, die Funktion eines Pumpspeicherwerks ist gemeinhin bekannt. Es soll Stromnachfragespitzen abdecken und dient der Netzfrequenzregelung. Es ist das einzige großtechnisch ausgereifte Verfahren zur (indirekten) Speicherung von Elektroenergie, hat aber auch bedeutende Nachteile. Es verbraucht mehr Energie als es erzeugt und bewirkt starke Eingriffe in Natur und Lebensräume von Mensch, Tier und Pflanzen.

Anlass des Antrags von Herrn Dr. Thomas ist das Raumordungsverfahren (ROV) zum Projekt PSW Leutenberg/Schweinbach. In der Stellungnahme der Stadt Leutenberg ist vom volkswirtschaftlichen Nutzen und dem öffentlichen Interesse die Rede. An erster Stelle wäre aber zu sagen, dass hier eine Firma, die WSK Puls GmbH als Tochter der österreichischen Baufirma Strabag, Geld verdienen will.

Diesbezüglich werden im Antrag Zweifel am Gewinnpotential geäußert, als Gründe sind die geringen Margen aus Spitzenlaststrom und zusätzliche Kosten aus der künstlichen Befüllung des Unterbeckens genannt. An einer Diskussion um die Sorge um Gewinne werden wir uns aber nicht beteiligen. Jammern gehört bekanntlich zum Geschäft. Vattenfall hat in Hohenwarte gejammert und dann doch investiert. Die WSK Puls GmbH will auch investieren, aber ohne zu jammern. Vielleicht deshalb, weil sie sich als Strabag-Tochter nicht wie die vier anderen großen Energieversorger in Deutschland, zu denen auch Vattenfall gehört, mit milliardenschweren Energiewende-Rückstellungen arm rechnet. Wir wissen es nicht.

In Vorbereitung auf die heutige Diskussion hatte ich mir zuerst die Präsentation „Chancen und Risiken“ des Landrats auf der 20. Thüringer Regionalplanertagung vom Oktober 2015 angesehen. Ich war erstaunt, dass als Chancen für die Region an der Spitze die hohe Zahl der Arbeitsplätze während der Bauphase (600 über 5 Jahre), die Auslastung der Übernachtungskapazitäten und zusätzlicher Schau-Tourismus angeführt werden. Nach dieser Logik kann die Bauzeit mit all ihren Belastungen für Schweinbach und Umgebung gar nicht lange genug sein, denn danach bleiben lediglich 20 Arbeitsplätze dauerhaft bestehen. Die Risiken des Projekts sind in der Präsentation klar unterbelichtet.

Herr Dr. Thomas wiederum führt in seinem Antrag Gründe für die Ablehnung des Vorhabens an, die in ihrer Mehrzahl für jegliche Projekte dieser Dimension gelten. Der Zusatz „speziell im Gebiet um Leutenberg“ reicht da nicht aus. Es bedarf da schon einer gründlichen Betrachtung, die im Rahmen des Antrags natürlich nicht gegeben und auch nicht möglich ist. Dazu bedarf es eines Planfeststellungsverfahrens.

Zwischenzeitlich wurde das ROV in Verantwortung des Landesverwaltungsamts (LVA) mit positivem Ergebnis durchgeführt. Das Projekt wurde als verträglich mit den Erfordernissen von Raumordnung und Landesplanung erklärt. Dagegen steht nun die Petition der Bürgerinitiative Schweinbach an den Landtag, welche die landesplanerische Beurteilung als fehlerhaft und das Projekt als nicht raumverträglich bewertet. Die Bürgermeister von Probstzella und Leutenberg haben jedoch in einer Pressemitteilung im August 2016 das Vorhaben begrüßt, aber unter Verweis darauf, dass das Ergebnis des LVA mit 24 Maßgaben verbunden ist.

Insbesondere ist die Standsicherheit aller Bauwerke per Gutachten nachzuweisen. Das dürfte ohne die von Herrn Dr. Thomas geforderten Baugrunduntersuchungen nicht gehen. Denn wie sollte sonst die Tragfähigkeit des Untergrundes beurteilt werden können? In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, was Bürgermeister Herr Geheeb unter der angeblich erfolgen „intensiven Prüfung des Untergrundes und der Bergbauhistorie rund um Schweinbach“ versteht. Haben nun doch schon Prüfungen stattgefunden oder wurde lediglich Heimatgeschichte studiert?

Fragen über Fragen und ich sehe mich aufgrund der kurzen Frist, die mir angesichts mehrerer hundert Seiten Unterlagen zum ROV zur Verfügung standen, nicht in der Lage, für oder gegen den Antrag zu stimmen. Deshalb ein Antrag und eine Anregung. Zuerst der Antrag: Wer einen fundierten Standpunkt des Kreistages zum Vorhaben PSW Schweinbach will, sollte folgendem GO Antrag zustimmen: Vertagung der Beratung des Antrags auf die nächste Kreistagssitzung im Mai.

Die Anregung: Unabhängig vom Standpunkt des Kreistages wird es, dann in Verantwortung des Landratsamtes, zum Planfeststellungsverfahren kommen, wenn die Firma den entsprechenden Antrag stellt. Dieser Prozess soll von uns in geeigneter Form kritisch begleitet werden. Zuständig dafür sind der Ausschuss für Kreisentwicklung und natürlich der Kreistag selbst. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich habe dann unter „Anfragen der Kreistagsmitglieder an den Landrat“ gesagt, die Menschen im Landkreis und vor allem die Bürgerinitiative erwarten durchaus, dass ihre gewählten Vertreter sich zu einem solch bedeutenden Projekt wie dem PSW öffentlich im Kreistag äußern. Meine Frage an den Landrat, ob er sich denn auch gegen eine Begleitung des Planfestellungsverfahrens durch den Kreistag ohne Beschlussanatrag wenden würde, verneinte er.

Hubert Krawczyk

public domain

public domain

Sind Algorithmen die besseren Politiker?

Wie Algorithmen das Weltgeschehen mitbestimmen und was das für unseren politischen Alltag bedeutet

Immer mehr Algorithmen, also insbesondere Computerprogramme, bestimmen das Geschehen in der Welt mit: Sie kaufen und verkaufen Aktien im Millisekundentakt, sie werten Kriminalitätsstatistiken aus, um Schwerpunkte für Polizeiarbeit zu setzen und sie entscheiden, welche Werbung wir auf welcher Internetseite sehen, damit diese möglichst zu unseren Vorlieben und Bedürfnissen passt. Algorithmen entscheiden darüber, ob und zu welchen Konditionen jemand eine Versicherung bekommt, ob jemand zum Studium in seinem Lieblingsfach zugelassen wird und vieles mehr. Es verwunderte mich daher nicht, als ich kürzlich in einem Kommentar darüber las, dass bald schon Algorithmen die Macht übernehmen würden. Und das war gar nicht in einem abstrakten oder metaphysischen Sinn gemeint, sondern bezog sich auf die konkreten Regierungsgeschäfte und die Gesetzgebung in unseren Gesellschaften. Die Argumentation ist recht einfach: Wissenschaft und Technik liefern unglaublich viele Daten über unsere Welt. Diese auszuwerten überfordert den menschlichen Verstand, wenn er ohne Hilfsmittel agiert, bereits seit langem. Dagegen können digitale Algorithmen, Software, große Datenmengen – in der aktuellen Debatte häufig als „Big Data“ bezeichnet – aus unterschiedlichsten Quellen leicht umfassend aufnehmen und bearbeiten.

Schon heute greift im Prinzip jede Regierung auf digitale Algorithmen zurück, die etwa unterschiedliche Szenarien durchrechnen – sei es nun zum Klimawandel, zur demographischen Entwicklung oder zum Wirtschaftswachstum. Und auf Grundlage solcher Berechnungen werden schon heute viele politische Entscheidungen gefällt.

Wenn aber bereits Algorithmen alles für die Entscheidung liefern, warum nicht den Mittelsmann, den Politiker, einsparen und Algorithmen direkt Entscheidungen treffen lassen?

Ihr Urteil auf Grund der gegebenen Datenbasis fällen Algorithmen nicht nur schnell, sondern auch unbeeinflusst von persönlichen Vorlieben, Vorurteilen und Befindlichkeiten – auf Basis der Daten aus Forschung und Empirie. Der Algorithmus taktiert nicht, macht keine Wahlversprechungen, an die er sich im Nachhinein nicht gebunden fühlt, und er ist unbestechlich. Algorithmen sind also eigentlich die besseren Politiker. Man könnte natürlich einwenden, dass das ja hieße, die Demokratie aufzugeben. Aber was ist schon so ein bisschen Stimmzettelabgabe, wenn der Algorithmus ohnehin immer die optimale Regelung findet. Technokratie, also Regierung nach streng wissenschaftlichen Erkenntnissen, nur ohne Technokraten – also Menschen, die eigene Interessen haben – als Vermittler in der Regierung. Spätestens an der Stelle sollten wir doch ins Stocken geraten. Denn was eine optimale Regelung bedeutet, das ist in der Politik keinesfalls so einfach. Es ist wesentlich schwieriger zu definieren als etwa die Steuerung einer Klimaanlage. Ist in einem Haus eine Temperatur von 19 °C vorgesehen, so regelt der Algorithmus Heizung und Kühlaggregat so, dass geheizt wird, wenn die Temperatur niedriger liegt und gekühlt, wenn sie höher liegt. Speist man den Algorithmus nun noch mit den Wetterdaten der Region, so kann er bereits regelnd tätig werden, bevor die Temperatur im Haus zu sehr vom vorgegebenen Optimum abweicht. Ein anderer Algorithmus könnte auch berechnen, ob 19 °C eigentlich die richtige Temperatur ist.

Aber was genau ist die richtige Temperatur für eine politische Gemeinschaft? Der oben angesprochene Kommentar warf beispielsweise die Frage auf, warum wir Politikern die Entscheidung überlassen sollten, Steuern festzulegen, wenn doch der Algorithmus die optimale, steuerliche Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und staatlicher Handlungsfähigkeit berechnen könnte. Es muss auffallen, dass bereits diese Fragestellung die politische Festlegung enthält, dass die Steuer nach genau diesen beiden Gesichtspunkten – wirtschaftliche und staatliche Leistungsfähigkeit – beurteilt werden sollte. Mit anderen Worten: Hätte der Kommentarschreiber den Algorithmus geschrieben, so würde er wahrscheinlich diese beiden Steuerungsgrößen aufnehmen. Aber weder sind das alle möglichen, noch zweifelsfrei die wichtigsten Ansatzpunkte, die es in einem Staat zu bearbeiten gilt. Die Entscheidung, was und wo gesteuert wird, ist eine politische – es gibt dort kein zweifelsfreies richtig oder falsch. Denn wie misst man Dinge wie Freiheit, Gerechtigkeit oder die Würde des Menschen? Wie bestimmt man genau das richtige Maß an Freiheit, an Gerechtig-

keit? Lässt man diese Größen, weil man sie nicht mit Sensoren, Fühlern und Messgeräten als Daten erfassen kann, aus aller politischen Entscheidung weg?

„Algorithmen sind der Ausdruck der Verfassung einer Gesellschaft, die sie einsetzt.“ schreiben Martha Dörfler und Tom Strohschneider ganz richtig in einem kleinen „Lexikon der Digitalisierung“ von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von der Vorstellung, dass Algorithmen neutrale Ergebnisse produzieren und rein objektive Entscheidungen treffen, muss man sich verabschieden. Die Auswahl der verfügbaren Daten, die Gewichtung von Zahlen für einen Entscheidungsprozess und andere Teile des zu schreibenden Algorithmus spiegeln die Facetten des Gesellschaftsbildes desjenigen wider, der ihn schreibt. Das gilt im Zweifel auch für sogenannte „selbstlernende“ Algorithmen, also solche, die die Interpretation von Daten nachjustieren, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Ein Paradebeispiel, wo das grandios sichtbar wurde, ist Googles Bildsortierungssoftware, die anfangs Bilder von schwarzhäutigen Menschen als Gorillas einsortierte, weil sie zuvor nur mit den Gesichtern von weißen Personen trainiert wurde und diese, aber eben nur diese, fehlerfrei von den Affen unterscheiden konnte. Ein Problem dieser Art kann in vielen Formen in Algorithmen schlummern, ohne dass dies so explizit sichtbar wird. Der Algorithmus erweckt, wie der beschriebene Kommentar zeigt, den Eindruck von technischer Objektivität. Gegen ihn ist nicht zu argumentieren, er hat das Ergebnis ja rein mathematisch-logisch auf Grund aller Daten berechnet. Wir werden doch nicht an Logik und Mathematik zweifeln, hört man immer wieder insbesondere von Informatikern, die sich vehement dagegen wehren, dass Algorithmen rassistisch oder frauenfeindlich oder anders diskriminierend sein können. Natürlich ist an Logik und Mathematik wenig zu zweifeln, aber das Politische enthält stets Wertungen, die sich nicht in Mathematik fassen lassen. Und dass es um Werte und Wertungen geht, macht gerade das Politische aus.

Dass im oben genannten Kommentar wirtschaftliche Entwicklung, staatliche Handlungsfähigkeit und die Steuerbelastung in ein solches Verhältnis gesetzt werden, legt von Anfang an eine kapitalistische Wirtschaftsform fest. Der Algorithmus fragt nur noch danach, wie der Kapitalismus effizient auszugestalten ist. Ob er richtig ist oder wenigstens, wo er richtig und wo er vielleicht nicht richtig ist – eine solche Frage stellt der Algorithmus nicht, wenn sie nicht im Rahmen seiner Programmierung bereits möglich gemacht ist. Ein politischer Algorithmus manifestiert das politische Denken seines Schreibers – nicht mehr, nicht weniger. Das ändert sich nur wenig, wenn er als selbstlernender Algorithmus gestaltet ist. Denkmuster sind in ihm festgeschrieben.

Müssten wir nicht alle vier Jahre dann wenigstens einen neuen Algorithmus wählen können, wenn uns der Rahmen, in dem der alte funktioniert, als falsch oder wenigstens problematisch erscheint? Gleichzeitig kann er aber nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn er etwa versagt (und beispielsweise farbige Menschen als Gorillas identifiziert), denn er behauptet ja objektive, optimale Richtigkeit. Algorithmen können zwar Entscheidungen treffen, diese sind aber dann nicht mehr politisch.

Die besseren Politiker sind Algorithmen nicht, und wir sollten uns davor hüten, ihrer scheinbaren Objektivität zu vertrauen. Die fortschreitende Digitalisierung ist also kein Grund, die Demokratie auf- oder abzugeben.

Stefan aus dem HASKALA

Foto: Birgit Pätzold

Frauentagsfeier mit musikalischer Umrahmung

Fröhliches Wiedersehen bei angeregter Unterhaltung, gepaart mit einem ansprechenden Kulturteil, ist der Anspruch der Macher der Frauentagsfeier. Die Feier fand auch in diesem Jahr im Saalfelder K*Star statt.

Nach den leisen Tönen vom Vorjahr galt es, ein Versprechen einzulösen und so wurde es nicht nur lauter, sondern auch stimmungsvoller.

In diesem Jahr konnten wir die Akkordeon Big Band Saalfeld gewinnen. Der Bühnenblick auf die Gäste hat die Band wohl bewogen, das musikalische Programm mit „Pretty Woman“ anzustimmen. Die knapp 50 Besucher erlebten nachfolgend einen besonderen musikalischen Spaziergang. Vom Thüringer Rennsteiglied ging es auf die See mit solch bekannten Stücken wie „Biskaya“ oder „Gott muss ein Seemann sein“. Nur bei Fantasielosen spielte sich hierbei kein Kopfkino ab. Virtuos gestaltete sich das Programm weiter mit Musik verschiedener Generationen. Von ABBA bis zu volkstümlichen Weisen wurde alles geboten. Das Publikum dankte mit entsprechendem Applaus.

Damit bei der Veranstaltung die gesellige Unterhaltung auch mit kulinarischem Verwöhnprogramm umrahmt wird, spendeten wieder viele Kuchenbäcker_innen ihre Meisterwerke. Vielen Dank für diese tolle Unterstützung.

So wurde es für die Anwesenden ein kurzweiliger kulturumrahmter Nachmittag, ein Treffen mit guten Freunden und Bekannten. Bedingt durch Krankheit oder andere Umstände wurden leider einige Gäste schmerzlich vermisst. Wünschen wir ihnen gute Besserung, in der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen.

Die obligatorische Rose brachte den Frauen das Wissen um die Hintergründe dieses Tages und persönliche Anerkennung in heimische Stuben.

Sven Kurzhauer

Foto: Birgit Pätzold

public domain

11. April: Tag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald

So 09.04.2017 • 13.30 Uhr

Buchenwald, ehem. Appellplatz
Gedenkveranstaltung zum 72. Jahrestag der Selbstbefreiung

Foto: Birgit Pätzold

Di 11.04.2017 • 10.00 Uhr

Ehrung Ernst Thälmanns am Gedenkstein am Schlossbrunnen in Saalfeld

anschließend Gedenken an die von Nazideutschland ermordeten Häftlinge der Konzentrationslager am Gedenkstein Auf dem Graben

Foto: Birgit Pätzold

public domain

Mehr Freizeit ist kein Widerspruch

Leserbrief „Mehr Freizeit" von Hubert Krawczyk im Anstoß 02/2017 Zur Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen

Hubert hat sich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgesprochen mit der Begründung, dass man eher „Freizeit" verteilen sollte.

Dies ist aber kein Widerspruch. Wenn Menschen eine Grundsicherung erhalten, dann entscheiden Sie sich bewusster für eine Arbeit und auch für die Länge der Arbeitszeit. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre ein Schritt in die Verschiebung der Wertigkeiten dieser Gesellschaft. Weg vom materiellen Konsum (mit der Vernichtung aller materiellen Reserven auf diesem einen Planeten) hin zu mehr Selbstverwirklichung in Form von menschlichen Kontakten, Kultur und Bildung und damit dem Erhalt der Naturressourcen.

Wir haben nur eine Erde und die ist endlich. Daher müssen wir von dem propagierten und ständig als „überlebensnotwendig" dargestellten materiellen Wachstum weg. Wenn immer mehr Menschen friedlich leben sollen, dann geht das nicht durch die maximale Ausbeutung von Mensch und Natur, sondern nur mit fairen Lebensbedingungen, die andere Schwerpunkte setzen.

Und auf die Frage, wie das geht: Mit 33 % der weltweiten Rüstungsausgaben könnten alle Menschen mit Nahrung, Gesundheitsschutz und Bildung versorgt werden. – Also hungert die halbe Welt, damit die Reichen dieser Erde Krieg spielen können. (Und den Rest der Menschheit dabei noch aufeinanderhetzen, damit kein Raum bleibt, um über Alternativen nachzudenken.)

Simone Post

Schulz soll nicht so tun...

Zum Interview mit Herrn Kretschmann „Schulz soll nicht so tun..." OTZ vom 24.03.2017

Baden-Württembergs MP Winfried Kretschmann trägt zu den Stimmenverlusten der Grünen bei. Gut und richtig, dass für ihn ein Kernthema der Artenrückgang bei Tier und Pflanze ist. Wenn er von seiner Werteskala dagegen Verteilungsgerechtigkeit unter Menschen tilgt und sich nur noch für Chancengerechtigkeit einsetzt, unterliegt er einem politischen Irrtum. Diesen hat die SPD nun (hoffentlich) hinter sich. Selbst CDU-Politiker warnen vor einer zu starken Spaltung der Gesellschaft. Zu große Unterschiede zwischen Arm und Reich könnten die Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verringern. Herrn Kretschmann ficht das nicht an, für ihn ist Deutschland das gerechteste Land der Welt. Das behauptet nicht einmal das unternehmernahe Institut für Wirtschaft Köln, es sieht sogar mehrere Länder, in denen es gerechter zugeht. Zustimmen kann ich Herrn Kretschmann, dass die Linke in der Außenpolitik von gestern sei. Denn sie ist gegen Bundeswehreinsätze im Ausland und Waffenexporte. Positionen, die Grüne schon lange aufgegeben haben.

Hubert Krawczyk

public domain

Als Laie unter Geschichtsprofis

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, in Bad Blankenburg an einem Workshop der Historischen Kommission für Thüringen zum Thema „Industrialisierung, Industriekultur und soziale Bewegungen in Thüringen“ teilzunehmen. Bemerkenswert war schon, dass drei der vier sehr gediegenen Grußworte von LINKEN-Politikern (B.-I. Hoff, A. Grünschneder und F. Persike) vorgetragen worden sind. Sowohl der als Höhepunkt gedachte Abendvortrag über das Verhältnis von Adel und Unternehmertum als auch jeder einzelne Redebeitrag im Workshop reflektierte das Bemühen um eine fundierte Geschichtsinterpretation, welche die Tatsachen in ihrem eigenen und in keinem phantastischen Zusammenhang darstellt. Jedoch wurde dabei dem Zeitgeist tüchtig Tribut gezollt. Überwog in der DDR-Geschichtsschreibung die offene Parteinahme für die Lohnarbeiter bei Überhöhung und bisweilen Heroisierung der Arbeiterklasse, so galt nun das Hauptaugenmerk dem konkret-historischen Nachweis des verdienstvollen technischen, ökonomischen und sozialen Wirkens von Unternehmern aus Adel und Bürgertum. Folglich blieb der thematische Aspekt „soziale Bewegungen“ ziemlich unterbelichtet, und auch Untersuchungen der Arbeits- und Lebensbedingungen scheinen in den Forschungsprojekten nur eine marginale Rolle zu spielen.

Dr. Wolfgang Künzel

public domain

Liebe Grüße aus Thüringen

an die treuen Leserinnen und Leser

in Brandenburg

Marianne und Werner Mechold
in Kleinmachnow und

Ulla und Klaus Rabsilber
in Schönefeld.

Alles Gute euch Vieren!

Foto: Wachsfigur Lenins • public domain

Vor 100 Jahren im April

Lenins Reise durch Deutschland 1917

Am 16. April 1917 kam Lenin in Begleitung englischer Offiziere in Petrograd an. Dort wurde er auf dem Finnländischen Bahnhof von Arbeitern begeistert gegrüßt.

Was war das Besondere an dieser Fahrt?

Lenin lebte seit September 1914 in der Schweiz. Insgesamt hielten sich ca. 500 russische Revolutionäre dort auf. Sie verfolgten aufmerksam die Entwicklung in Russland. Ebenso verfolgten die militärische Führung und die Regierung des Deutschen Reiches die Entwicklung in Russland. Sie hofften auf den Ausbruch der Revolution und damit auf eine militärische Entlastung im Osten. Schließlich wollten sie den Krieg gewinnen. General Ludendorff: „Die russische Revolution ist militärisch vorteilhaft für Deutschland.“ Man verfolgte insbesondere das Wirken der Revolutionäre, besonders Lenin. Die russischen Revolutionäre wollten unbedingt nach Russland zurück, machten das auch deutlich. Der deutsche Reichskanzler beobachtete das genau. Seine Meinung: Die politischen Emigranten sollen nach Russland zurückkehren, man solle ihnen die Rückreise über Deutschland anbieten. Er gewann für seinen Standpunkt sogar den Kaiser und die militärische Führung.

Und so begann im März die Vorbereitung der Abreise. Drei Wochen wurde die Reise politisch und diplomatisch vorbereitet. Der deutsche Gesandte in Schweden verhandelte mit der schwedischen Regierung wegen der Durchreise. Am Ende genehmigte General Ludendorff den Transport der Bolschewiki durch Deutschland.

So begann am 9. April die Abreise in Zürich. Von 33 Personen waren 19 Bolschewiki. Lenin, Krupskaja, Sinowjew, Karl Radek. Der Generalstab hatte festgelegt: In Deutschland bis Saßnitz, im plombierten Wagen II. Klasse, Gepäck plombieren, keine Passkontrolle, ausreichende Verpflegung sichern, Begleitmannschaft. Die entsprechenden Visa aus der Schweiz und Schweden waren besorgt worden.

Die Nacht vom 11. zum 12. April wurde in Saßnitz verbracht (dort stand früher ein Eisenbahnwagen als Lenin-Gedenkstätte). Über Trelleborg-Stockholm ging es nach Petrograd.

Die Bolschewiki lehnten unterwegs Gespräche mit Deutschen ab, sie wollten die Fahrt nicht gefährden.

Lenin: „Die Deutschen waren sehr korrekt, sie haben alle Reisebedingungen strikt eingehalten.“

Die Oberste Heeresleitung notierte am 21. April: „Lenins Eintritt in Russland geglückt, arbeitet ganz nach Wunsch.“

Im Mai/Juni 1917 kamen zwei weitere Transporte mit 400 Personen zustande. Die Revolution kam richtig in Fahrt.

Das Deutsche Reich leistete also irgendwie einen Hilfsdienst für die kommende Oktoberrevolution. Die Reise Lenins und der Bolschewiki im Frühjahr 1917 war ein wichtiger Auftakt für die russische Revolution. Sie leitete die neue Epoche ein.

Hubertus Scholz

Termine

- **So 09. Apr 2017**
  13.30 Uhr • Buchenwald, ehem. Appellplatz
  Gedenkveranstaltung zum 72. Jahrestag der Selbstbefreiung
- **Mo 10. Apr 2017**
  18.00 Uhr
  Geschäftsstelle im HASKALA
  Kreisvorstand
- **Di 11. Apr 2017**
  10.00 Uhr
  Thälmanngedenkstein Saalfeld
  Gedenken zum Geburtstag Ernst Thälmanns und zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald
- **Do 13. Apr 2017**
  15.00 Uhr • Weltladen Saalfeld
  „Dienstagsklub?/ Senior_innen-AG?“ (s.S. 5)
- **Do 13. Apr 2017**
  15.00 Uhr
  Erfurt, Käthe-Kollwitz-Straße
  Kundgebung am Logistikzentrum der Bundeswehr
- **Do 13. Apr 2017**
  17.00 Uhr • Erfurt, Anger
  Kundgebung des Bündnisses für Gerechtigkeit
- **Sa 15. Apr 2017**
  10.00 Uhr • Ohrdruf
  Todesmarsch-Denkmal
  Kundgebung mit anschließendem Marsch zum Standortübungsplatz der Bundeswehr
- **Sa 15. Apr 2017**
  11.00 Uhr • Jena, Holzmarkt
  Zentrale Veranstaltung des Bündnisses Ostermarsch Thüringen
- **Di 18. Apr 2017**
  Fahrt der Wandergruppe in den Thüringer Landtag (s.S. 12)
- **Di 18. Apr 2017**
  18.30 Uhr • HASKALA
  Stadtvorstand Saalfeld
- **Fr 21. Apr 2017**
  9.30 - 12.00 Uhr
  Wahlkreisbüro Rainer Kräuter
  Bad Blankenburg
  Frühstück mit Rainer (s.S. 4)
- **Mo 01. Mai 2017**
  Gera • „Herz statt Hetze“
  Gemeinsame überregionale Veranstaltung der Gewerkschaften (s.S. 4)
- **Mi 03. Mai 2017**
  14.00 Uhr - 21.00 Uhr
  Landtag Erfurt – Plenarsitzung*
- **Do 04. Mai 2017**
  09.00 Uhr - 20.00 Uhr
  Landtag Erfurt – Plenarsitzung*
- **Fr 05. Mai 2017**
  09.00 Uhr - 20.00 Uhr
  Landtag Erfurt – Plenarsitzung*

*) wird im Internet per Livestream übertragen, u.a. auf der Seite unserer Landtagsfraktion www.die-linke-thl.de

Die nächste Mitgliederversammlung der Basisorganisation

_____

ist am _____

um _____ Uhr

Ort: _____

Foto: user Papamanila via wikimedia.commons
Ausschnitt der Reproduktion des Picasso-Gemäldes CC-BY-SA 3.0

26. April 1937

Terrorangriff der deutschen Legion Condor auf Guernica in Spanien

1936 wurde unter strengster Geheimhaltung die Legion Condor, eine Luftwaffen-Einheit der deutschen Wehrmacht, gegründet. Sie wurde im Spanischen Bürgerkrieg bei verdeckten Operationen, also ohne deutsche Uniformen oder Hoheitszeichen, auf der Seite der gegen die spanische Republik Putschenden unter General Franco eingesetzt.

Vor 80 Jahren, am 26. April 1937, wurde durch deutsche Kampfflugzeuge der Legion Condor und durch italienische Kampfverbände die nordspanische Kleinstadt Guernica fast vollständig zerstört. 200 bis 300 Menschen kamen dabei ums Leben.

Kurz nach Bekanntwerden der Bombardierung Guernicas, die als eines der ersten Kriegsverbrechen der Wehrmacht gilt, entwarf Pablo Picasso sein Monumentalgemälde Guernica, das den Schrecken jenes Apriltages zeigt. 1944 wurde der Künstler in seinem Pariser Atelier von einem deutschen Soldaten, der eine verkleinerte Reproduktion des Gemäldes betrachtete, gefragt, ob er das gemacht habe. Picassos Antwort: „Nein. Das haben Sie gemacht!“

Wandern (bzw. fahren) am 18. April 2017 zum Thüringer Landtag

Am Dienstag, 18. April 2017, wird unsere Wandergruppe auf Einladung von Rainer Kräuter den Landtag besuchen.
Der Kombus-Reisebus startet 9.20 Uhr am Krankenhaus, hält 9.25 Uhr am Markt und 9.30 Uhr am Saalfelder Bahnhof.

Auf dem Programm steht ein einstündiges Informationsgespräch mit dem Besucherdienst. Anschließend berichtet Rainer Kräuter über seine Arbeit als Abgeordneter und beantwortet Fragen. Nach dem Mittagessen im Landtag geht es weiter zum Domplatz. Dort ist bis 16 Uhr individuelle Freizeit geplant. Anschließend geht es mit dem Bus zurück nach Saalfeld.

Die Teilnahme ist kostenlos!
Interessierte melden sich bitte bei
Barbara Frischbier (03671 61 30 48) oder
Birgit Pätzold (0174 393 2 393)

Zitat des Monats:

Zu einer Veranstaltung, wo es nur um rechtswidriges Abschieben geht, da gehe ich nicht hin (...) Ich bin nicht die Petersilie von einem Wahlkampf der CDU/CSU. Da mache ich nicht mit.

Bodo Ramelow im ersten Talkshow-Duell von TA, Salve TV und Thüringen24 (Ramelow vs. Antje Tillmann (CDU))

Anstoß

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken an:
redaktion.anstoss@gmx.de

Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen.
Danke für deine Unterstützung!
IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

DIE LINKE.
Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt

Kräuter.
Wahlkreisbüro MdL Rainer Kräuter
Kirchplatz 1 • 07422 Bad Blankenburg
Di 15 - 17
Do 15 - 18
u.n.Vereinbarung
fon: 036741 73 92 19
mail: kraeuter@die-linke-thl.de
rainer-kraeuter.de

Jugend- und Wahlkreisbüro “Haskala”
Katharina König (MdL) Saalstraße 38,
07318 Saalfeld
Tel.: 03671 - 515489 • Fax: 03671 - 515490
www.haskala.de
info@haskala.de

Mo 11-16 Uhr
Di 11-16 Uhr
Do 13-18 Uhr
Fr 13-18 Uhr

השכלה HASKALA
IDEE AUFKLÄRUNG VERSTAND